

Vorab eingereichte Fragen zur Informationsveranstaltung Butenschönstraße

Stand: 18. Juli 2023

Fragestellung	Antwort
„Wie sieht der Vergleich der einzelnen Standorte auf Basis der Kriterien Kosten, Verfügbarkeit, Sicherheitskonzept für den etwaigen Schulweg, Beleuchtung der Umgebung, Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten für die Geflüchteten (in Meter Distanz vom Standort), Integrationsmöglichkeiten für die Geflüchteten (in Meter Distanz zum Standort, z.B. Sportmöglichkeiten), Kosten der Unterbringungsart (Container, Tiny houses), Renaturierungs-Notwendigkeit, ursprüngliche Pläne für andere Verwendung, aus?“	Sportangebote (Judomaxx) sind unmittelbarer Nachbarschaft. Mix Markt befindet sich in 800 m, der Penny in einem Kilometer Entfernung vom Standort. Bushaltestellen befinden sich direkt am Standort (Judomaxx) und in 100 m Entfernung.
„Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Wir sind nicht gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen in Speyer! Uns geht es vielmehr darum zu verstehen, warum das Argument der Nähe zur Vogelgesangschule und die Auswirkungen auf diese Schule im Fall des Standortes in der Rheinhäuserstraße in der Stadtratssitzung vom 11.05. ein Argument gegen den Standort war und warum dieses Argument für den Standort in der Butenschönstraße in unmittelbarer Nähe zu 4 Schulen offenbar nicht gültig ist. Als Schulelternvertreter ist die Beantwortung dieser Frage von essentieller Bedeutung genauso wie das Integrationskonzept, welches aus unserer Sicht eine dezentrale Unterbringung mit mehreren kleineren Standorten im Stadtgebiet voraussetzt.“	Die Vogelgesangschule hat aktuell keine Raumkapazitäten mehr frei. Die geplante Erweiterung soll den dringenden Bedarf der Förderschule decken. Zusätzlicher Raumbedarf für die Grundschule wird durch das neue Baugebiet am Russenweiher erwartet.
„Welcher Standort wird der nächste sein, wenn die 75 zus. Plätze ausgeschöpft sind (Wo, wie gross, Konzept, Kosten, etc.)? Noch nicht bekannt, keine ausreichende Antwort.“	In einer Standortanalyse wurden insgesamt 22 Standorte auf ihre Eignung untersucht. Der am besten geeignete Standort wurde ausgewählt. In Abhängigkeit von weiteren Entwicklungen werden bei Bedarf weitere Standortanalysen erfolgen.

„Könnte nicht auf dem Gelände der AfA Platz geschaffen werden, anstelle eines weiteren Standortes, der sich in unmittelbarer Nähe von Schulen und Sporteinrichtungen befindet?“	Die Kapazitäten sind aktuell ausgeschöpft. Der Standort entzieht sich der kommunalen Steuerung, da dieser vom Land angemietet ist.
„Welchen Spielraum gibt es denn bzgl des Standorts?“	In einer Standortanalyse wurden insgesamt 22 Standorte auf ihre Eignung untersucht.
„Welche anderen Standorte werden geprüft?“	Aktuell werden angebotene private Wohnungen geprüft
„Wer entscheidet letztlich über den Standort?“	Der Stadtrat
„In der Sitzung des Stadtrates vom 11.5. wurde als eine Begründung der Nichteignung des Standortes in der Rheinhäuser Straße angeführt, dass negative Auswirkungen auf die Vogelgesangsschule befürchtet werden (wurde in der CDU Fraktionssitzung laut Herrn Wilke besprochen). Welche Auswirkungen waren hier gemeint und inwiefern sollen sich diese Auswirkungen nicht auf die Schulen in der Nähe des jetzt geplanten Standortes in der Butenschönstrasse beziehen (Niki, Schwerd, Purrmann und weitere)?“	Die Vogelgesangsschule hat aktuell keine Raumkapazitäten mehr frei. Die geplante Erweiterung soll den dringenden Bedarf der Förderschule decken. Zusätzlicher Raumbedarf für die Grundschule wird durch das neue Baugebiet am Russenweiher erwartet.
„Bietet dieses angedachte Standort das beste Integrationsmöglichkeit. Dort ist genau gesehen keinen Wohngebiet.“	Es handelt sich bei dem Gebiet Planungsrechtlich um ein Mischgebiet. In einem Mischgebiet ist Wohnnutzung als Hauptzweck erforderlich.
„Welche Flächen/Unterkünfte stehen noch zur Verfügung für die kommenden Flüchtlinge?“	Zielsetzung ist die dezentrale Unterbringung in privaten Wohnungen.
„Frage an Frau Seiler, die Beigeordneten und jedes einzelne Stadtratsmitglied, gleich welcher Fraktion: Stellen Sie sich vor, Sie wohnen oder wohnt in einem der betroffenen Gebiete und haben oder hätten schulpflichtige Kinder. Würden Sie – selbst betroffen – für den Standort Butenschönstraße stimmen, wenn Sie, bzw. Ihre Familie selbst betroffen wären.“	Die Beigeordnete wohnt mit Ihrer Familie im Stadtteil Sp-Nord und hat ein schulpflichtiges Enkelkind sowie weitere Enkelkinder
„Können Sie mir sagen wie hoch die maximale Kapazität des Geländes ist, also wie viele Container wären möglich, wenn man das Gelände maximal ausnutzen würde?“	Es geht um 75 Menschen
„Gibt für den sehr wahrscheinlichen Fall, dass im Laufe des nächsten Jahres die Belegungsgrenze erreicht wird, schon Pläne, dass man das	Hierzu kann noch keine Einschätzung getroffen werden.

Gelände für weitere Kapazitäten nutzen möchte, oder sind andere Standorte geplant?“	
„Sollte das Containerdorf kommen und mit 75 Asylsuchenden belegt sein - wird in diesem Fall wirklich nicht der Standort erweitert sondern an einer anderen Stelle in Speyer für weitere Unterkünfte gesorgt? D.h. es wird auf keinen Fall auf 150 Unterkunftsplätze erweitert? Gibt es hierzu eine verbindliche Aussage? Ist für das Containerdorf ein Rückbau geplant und gibt es hierzu einen Zeithorizont? An welche Stelle in Speyer kommt in einer weiteren Ausbaustufe die nächste Massenunterkunft?“	Ein Rückbau ist planungsrechtlich nicht zwingend erforderlich, da die Nutzung keiner Befreiung gem. § 31 BauGB vom Bebauungsplan bedarf (MI: Wohnnutzung, Anlagen sozialer Zwecke). Sollte kein Bedarf mehr bestehen, ist ein Rückbau geplant. Gemeinschaftsunterkunft Modulbauweise
„Werden es dauerhafte oder vorübergehende Unterkünfte sein?“	Die Bauweise der Modulbauweise ist nicht für eine Dauer wie eine Massivbauweise gedacht.
„Wie lange stehen die Container? Wie lange müssen Asylanten in den Container leben?“	Die Bauweise der Modulbauweise ist nicht für eine Dauer wie eine Massivbauweise gedacht. Die Schutzsuchenden sollen schnellstmöglich in Wohnungen umziehen können, was sich in Speyer bisher als sehr schwierig erweist.
„warum unbedingt in der Nähe von 4 Schulen?“	Die Standortanalyse hat eine Präferenz für diesen Standort ergeben.
„sind noch weitere Standorte geplant?“	Geplant sind aktuell keine weiteren Standorte
„Was passiert mit den Containern, wenn der Bedarf nicht mehr benötigt wird?“	Die Container werden zurückgebaut.
„Warum werden Dezentralität und integrative Ansätze zugunsten von Massenunterkünften aufgegeben? Dass weiterhin verfolgt, da nun Massenunterkünfte in Containern entstehen; keine ausreichende Antwort).“	Die Asylsuchenden und anerkannten Geflüchtete wohnen aktuell in 47 Wohnungen verteilt über das Stadtgebiet sowie in Gemeinschaftsunterkünften im Birkenweg, in der Engelsgasse und im Stiftungs Krankenhaus. Die Stadt Speyer versucht schon immer die Personen dezentral unterzubringen. Leider fehlen hierfür die notwendigen Wohnungen. In den ersten Monaten nach der Ankunft in Speyer ist es hilfreich und sinnvoll die Personen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Die sozialen Betreuungskräfte sind den Personen bei der Integration behilflich und kümmern sich um vielfältige Probleme. Würden die Personen direkt in einer Wohnung leben wäre dies alles nicht leistbar für die sozialen Betreuungskräfte.

„Wäre eine dezentrale Unterbringung, verteilt auf mehrere Wohnungen oder Gebäude sinnvoller, anstatt der Aufstellung von Containern am Stadtrand?“	Für anerkannte Asylsuchende die bereits einen längeren Zeitraum in Speyer leben wäre eine dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung wünschenswert. Leider finden diese Personen kaum eine eigene Wohnung in Speyer. Für Personen die neu zugewiesen werden, ist es am Anfang sinnvoll in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben und eine enge Betreuung und Beratung von den sozialen Betreuungskräften zu bekommen.
„Haben die Kirchen sich bezüglich leerstehender Immobilien bis dato 13.7.23 bewegt?“	Bisher erwarten wir noch die Rückmeldung der Kirchen.
„Sind die Kirchen nicht verpflichtet Unterkünfte bereit zu stellen? Wenn ja welche?“	Nein, es gibt keine gesetzliche Pflicht.
„Es sollte hier nicht nur um eine möglich kostengünstige Unterkunft gehen, aber bestmögliches Integration von Fremden in unseren Land und Stadt. Wäre nicht sinnvoller dezentrale Unterkünfte anzubieten die eine echte Integration in der Gesellschaft ermöglicht anzubieten?“	Für anerkannte Asylsuchende die bereits einen längeren Zeitraum in Speyer leben wäre eine dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung wünschenswert. Leider finden diese Personen kaum eine eigene Wohnung in Speyer. Für Personen die neu zugewiesen werden, ist es am Anfang sinnvoll in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben und eine enge Betreuung und Beratung von den sozialen Betreuungskräften zu bekommen.
„Warum werden keine alternativen Unterbringungsmöglichkeiten geprüft? Warum ist ein Containerdorf die einzige Lösung, die verfolgt wird? Gibt es für 1,5 Millionen Euro nicht Alternativen, die auch für die Geflüchteten würdevoller sind?“	Die zeitliche Umsetzungsmöglichkeit ist das größte Argument für die Modulbauweise. In der Grundrissstruktur sind die Häuser im Birkenweg und in der Engelsgasse ähnlich wie die hier geplante.
„Warum werden die Wohncontainer, wenn kein anderer geeigneter Wohnraum zur Verfügung steht, nicht im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme von Speyer Nord verteilt? Würde die Stadt 3-4 Plätze mit ca. 20 Menschen belegen wäre das für die asylbegehrenden Menschen, sowie die betroffenen Wohngebiete von Vorteil.“	Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften unmittelbar nach Zuweisung zur Stadt Speyer hat sich aus mehreren Gründen bewährt. Für Personen die neu zugewiesen werden, ist es am Anfang sinnvoll in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben und eine enge Betreuung und Beratung von den sozialen Betreuungskräften zu bekommen. Dies wäre anders derzeit nicht leistbar.
„In Anbetracht der Tatsache, dass die Flüchtlingszahlen aufgrund des menschengemachten Klimawandels voraussichtlich nicht signifikant abnehmen werden, frage ich, ob innerhalb der Verwaltung an einer mittel- und langfristigen Lösung zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten gearbeitet wird?“	Die Verwaltung arbeitet an der dezentralen Unterbringung von Schutzsuchenden und realisiert einen Mix aus Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen.
„Haben Sie wenigstens teilweise von Personen leerstehende Wohnungen angeboten bekommen?“	Ja.

<p>„Sie sagen das lediglich 75 Personen untergebracht werden sollen. Bei 12 Zuweisungen pro Monat wäre die Unterkunft somit nach spätestens 7 Monaten voll belegt. Können Sie den Anwohnern garantieren, dass trotz der fortlaufenden Zuweisung von Personen zu jeder Zeit maximal 75 Personen in dieser Unterkunft leben werden?“</p>	<p>Die Unterbringung von Schutzsuchenden verläuft sehr dynamisch. Neben Zuweisungen erfolgen auch ständig Auszüge aus Gemeinschaftsunterkünften oder aus Wohnungen, die die Stadt belegt. Damit kann die Stadt regelmäßig freiwerdende Kapazitäten in bestehenden Unterkünften neu belegen.</p>
<p>„Zuerst war die Unterkunft für 150 Personen vorgesehen. Wo kommen die anderen 75 Personen unter zu deren Aufnahme die Stadt ebenfalls verpflichtet ist?“</p>	<p>Die Unterbringung von Schutzsuchenden verläuft sehr dynamisch. Die Prognosen des Landes werden vierteljährlich angepasst. Neben Zuweisungen erfolgen auch ständig Auszüge aus Gemeinschaftsunterkünften oder aus Wohnungen, die die Stadt belegt. Damit kann die Stadt regelmäßig freiwerdende Kapazitäten in bestehenden Unterkünften neu belegen.</p>
<p>„Garantieren Sie, dass es bei maximal 75 Personen bleibt?“</p>	<p>Nein. Je nach Familienkonstellationen könnten es auch weniger oder wenige mehr sein.</p>
<p>„Hat die Stadt Einfluss darauf wer in den Containern untergebracht wird? Hintergrund meiner Frage ist, dass der Widerstand gegen diese Unterbringung an diesem Ort so groß ist, weil man befürchtet, dass Gruppen junger Männer aus Afghanistan, Syrien oder arab. Ländern in großer Nähe zu den drei großen Schulen mit tausenden Schülern keinen guten Einfluss auf diese haben könnten oder sie gefährden könnten. Des Weiteren existiert die Angst, dass einmal aufgebaute Unterkünfte nie wieder abgebaut, sondern im Gegenteil ausgebaut werden. Das könnte massiven nachteiligen Einfluss auf den Wert der sehr teuer bezahlten Häuser im beliebtesten Wohngebiet Speyers haben.</p> <p>Um beide Punkte abzumildern wäre es meiner Meinung nach klug, dort nur Frauen mit Kindern / Familien unterzubringen! Es wäre dann auch für diese ein Gewinn, mitten in der Stadt zu sein bei Kindergärten und Schulen für ihre Kinder und so evtl auch eine Integration zu erleichtern. Deshalb meine Frage ob eine Kontrolle der Zuweisung möglich wäre.“</p>	<p>Die Stadtverwaltung hat Einfluss darauf wer in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht wird. Es war noch nie angedacht nur junge alleinstehende Männer in der Butenschönstraße unterzubringen. Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften werden wir auch dort Familien, Ehepaare, Alleinerziehende und alleinstehende Frauen und Männer unterbringen.</p>
<p>„Wäre es möglich eine Containerbauweise wie die Caritas in der Otto-Mayer-Straße zu errichten und Familien, die noch in der AfA leben dahin umzusiedeln? Ausschließlich junge Männer unterzubringen schürt Ängste.“</p>	<p>Familien aus der Afa können wir leider nicht umziehen lassen, da diese nicht der Stadt Speyer zugewiesen sind. Es war noch nie angedacht nur junge Männer in der Butenschönstraße unterzubringen. Wie in allen anderen</p>

	Gemeinschaftsunterkünften werden wir auch dort Familien, Ehepaare, Alleinerziehende und alleinstehende Frauen und Männer unterbringen.
„Welche Art von Flüchtlingen werden sie an diesem neuen Ort behandeln? Haben Sie ein definiertes Profil? Wären es Familien, alleinstehende Männer?“	Die Stadtverwaltung hat Einfluss darauf wer in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht wird. Es war noch nie angedacht nur junge alleinstehende Männer in der Butenschönstraße unterzubringen. Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften werden wir auch dort Familien, Ehepaare, Alleinerziehende und alleinstehende Frauen und Männer unterbringen.
„hat man als Stadt Einfluss welche Personengruppen einem zugeteilt werden?“	Nein.
„Seit einigen Jahren haben wir wieder vermehrt Flüchtlinge aufgenommen. Oftmals wird dies leider als Belastung für unsere Stadtgesellschaft dargestellt. Können Sie zwei bis drei konkrete Beispiele nennen, in denen Flüchtlinge tatsächlich eine Bereicherung für Speyer darstellen?“	Kein Mensch ist eine Belastung für die Stadtgesellschaft. Dementsprechend kann auch niemand eine Bereicherung sein.
„Sind unter den in Speyer lebenden Geflüchteten auch Menschen aus der Ukraine?“	Ja.
„Haben die Geflüchteten untereinander dieselben Bedingungen, also Menschen aus der Ukraine und Menschen, die über das Mittelmeer kommen? Beispielsweise was Arbeit angeht?“	Vertriebene aus der Ukraine erhalten nach Beantragung eines Aufenthaltstitels nach § 24 AufenthG eine Fiktionsbescheinigung, welche mit der Auflage „Erwerbstätigkeit erlaubt“ verbunden wird, so dass bereits vor Erteilung des Aufenthaltstitels eine selbständige Tätigkeit oder eine nichtselbständige Arbeit aufgenommen werden kann.
„Wie kann man ehrenamtlich die Betreuung von Schutzsuchenden unterstützen?“	Sobald die ersten Personen eingezogen sind wird es Möglichkeiten geben sich ehrenamtlich zu engagieren.
„Wie kann ich ehrenamtlich ankommende Flüchtlinge in der Butenschönstraße/Holzstraße unterstützen?“	Sobald die ersten Personen eingezogen sind wird es Möglichkeiten geben sich ehrenamtlich zu engagieren.
„Wie gedenken Sie die Flüchtlinge in der Unterkunft zu betreuen?“	Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen.
„Welche Betreuungs/Beschäftigungsangebote sind vorgesehen?“	Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Die städtischen Kollegen/innen vermitteln bestehende Beschäftigungs- bzw. Freizeitangebote.

<p>„Welche Integrationskonzepte gibt es für die Integration von Geflüchteten in Speyer?“</p>	<p>Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden. Stadtverwaltung, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Bildungsträger, Vereine, Organisationen und Ehrenamtliche arbeiten gemeinsam mit den Geflüchteten an der Integration.</p>
<p>„Asyl anbieten ist notwendig und eine Pflicht. Es ist aber zeitgleich anerkannt das Bund, Länder und Städte überfordert sind. Welche Ansätze hat Speyer um eine bestmögliche Integration anzubieten sowie Sicherheit ver Bürger?“</p>	<p>Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden.</p>
<p>„Was wird unternommen damit die Asylanten in Speyer Schnellstmöglich arbeitsfähig sind und eine Arbeitsstelle bekommen?“</p>	<p>Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden. Integration und auch die Arbeitssuche gelingt nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen.</p> <p>Hier gelten Bundesgesetze /Fachliches Input liegt von der ABH vor</p>
<p>„Aus welchem Grund werden die Sorgen der Eltern und Anwohner hier nicht Ernst genommen, an anderen Standorten in Speyer (mit weniger Unterschriften/Online Petition) aber schon?“</p>	<p>Die Sorgen werden ernst genommen.</p>
<p>„Die Hauptproblematik liegt meiner Meinung nach in der aktuell berechtigten Angst vor Übergriffen. Aus anderen Städten in D und der aktuellen Lage in Frankreich weiß man, dass die mangelnde Integration der Flüchtlinge der Hauptgrund für die Übergriffe ist. Die Menschen dürfen nicht arbeiten, lernen die Sprache nicht etc. Alles nichts Neues, alles bekannt. Wenn dem nicht entgegengewirkt wird und davon gehe ich hier mal aus, ist es völlig egal wo das Containerdorf steht, ergo sucht man einen Standort, der am wenigsten Schaden anrichten kann. Im geplanten Bereich mit 5 Schulen in unmittelbarer Umgebung und einem aktuell sehr ruhigen Wohngebiet ist der geplante Standort völlig falsch und kann nur totale Ablehnung bei den Anliegern hervorrufen. Wenn allerdings tatsächlich eine gut durchdachte und intensive Integrationsarbeit geleistet werden kann, den Menschen Arbeit vermittelt</p>	<p>Es handelt sich bei dem Gebiet Planungsrechtlich sowie in seiner tatsächlichen Nutzung um ein Mischgebiet. In einem Mischgebiet sind Wohnnutzung sowie Anlagen sozialer Zwecke zulässig.</p> <p>Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Die städtischen Kollegen/innen vermitteln bestehende Beschäftigungs- bzw. Freizeitangebote.</p> <p>Stadtverwaltung, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Bildungsträger, Vereine, Organisationen und Ehrenamtliche arbeiten gemeinsam mit den Geflüchteten an der Integration.</p>

<p>wird, Sprachkurse und Austausch stattfinden, würde ich die Entscheidung anders bewerten. Aber dafür braucht es keine Lippenbekenntnisse, sondern verlässliche Zusagen der Stadt. Deshalb meine Frage, was kann die Stadt zusagen, um die Integration zu einem Erfolg zu führen? Was passiert, wenn es nicht funktioniert und der erste Übergriff stattfindet?“</p>	
<p>„Wie stellt sich die Regierung eine Integration von Asylsuchenden vor, wenn diese zentralisiert, weit abgelegen von der Innen-Stadt in Containern wohnen sollen? Warum die Unterkünfte nicht verteilen in kleineren Einheiten, sodass die im Umkreis Wohnenden sich leichter an der Integration beteiligen können. Das Judomaxx und der Kinderzirkus sind jetzt schon weit an der Kapazitätsgrenze (Wartezeit von bis zu 2 Jahren). Wie stellen sie sich eine Beteiligung dieser vor?“</p>	<p>Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Bildungsträger und Ehrenamtliche arbeiten gemeinsam mit den Geflüchteten an der Integration.</p>
<p>„Gibt es ein Integrationskonzept von Seiten der Stadt Speyer? Wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant um eine sinnvolle und effektive Integration der asylbegehrenden und schutzsuchenden Menschen zu gewährleisten.“</p>	<p>Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden.</p>
<p>„Wie werden die Asylanten eingegliedert? Werden die vertriebenen psychologisch, pädagogisch, sozial unterstützt?Sodaß bei Verhaltensauffälligkeiten gleich reagiert werden kann? Damit Ihnen geholfen werden kann? Und keine Gefahr von Ihnen ausgeht?“</p>	<p>Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Die städtischen Kollegen/innen vermitteln bestehende Beschäftigungs- bzw. Freizeitangebote. Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden.</p>
<p>„Können, dürfen Sie arbeiten?“</p>	<p>Einem Asylbewerber, der sich seit drei Monaten gestattet im Bundesgebiet aufhält, gemäß § 4a Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes kann die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.</p>

„Welchen Beitrag können die Vereine in Speyer, insbesondere die Organisationen im Brand- und Katastrophenschutz, leisten, um weitere Integrationsangebote zu schaffen? Welche Art von Angeboten werden benötigt?“	Vereine und Organisationen leisten bereits einen Beitrag zur Integration. Die Verwaltung wird auch zukünftig gemeinsam mit den Akteuren weiter an der Integration arbeiten.
„Welche Erwartungen hat die Stadtverwaltung an die umliegenden Institutionen?“	Die Stadt freut sich über die positive Rückmeldungen vieler umliegender Institutionen, die dies auch in der Veranstaltung am 13.7. zum Ausdruck gebracht haben.
„Ist man von Seiten der Stadt Speyer und ihrer Verwaltungsspitze bereit, Ängste und Bedenken der Anwohner und der Eltern von Fahrradschülern aus den Umlandgemeinden anzuerkennen und dies im Gegensatz zur öffentlichen Stadtratssitzung am 29.06. auch zu formulieren? Oder wird das wieder versucht umzukehren und die Fragesteller als Stigmatisierer ihrerseits zu stigmatisieren?“	IMW ist in Kontakt mit Bürgermeister in Römerberg (Matthias Hoffmann) und Bürgermeister und Beigeordneten in Dudenhofen (Jürgen Hook, Reinhard Burck) Bisher wenig Anfragen, in Dudenhofen eine Anfrage zum Schulweg hier sei schriftlich geantwortet und eine Alternative aufgezeigt worden. Ziel ist weg von Stigmatisierung zu kommen, hin zu konkreten Lösungen bei Bedarf, wie Schulweg: Schulloste: Schule, Eltern, Stadtverwaltung
„wer bietet eigentlich den Schülern und besonders Schülerinnen Schutz? Auch die vielen alten Menschen sollten ihren Lebensabend in Ruhe und ohne Angst genießen können.“	Bisher bedarf es aus heutiger Sicht keinen besonderen Schutz. Entwicklung der Örtlichkeit und des Verhaltens der Menschen in der Einrichtung und außerhalb.
„Wer bietet den deutschen Bürgern Schutz?“	Hier gilt die Rechtsprechung unserer Demokratie für alle in Deutschland lebenden Menschen.
„es wird zu vermehrter Kriminalität kommen, was wird dagegen getan, wer schützt die Bürger?“	Bisher bedarf es aus heutiger Sicht keinen besonderen Schutz.
„Woher kommt das Geld für die Container? Wo wird gekürzt?“	Zusätzliche finanzielle Mittel von Land und Bund
„Da in Speyer Nord Vorfälle bekannt sind , ist es sicherlich unlogisch ein neuer Wohnraum für Asylanten in der Nähe von mehrern Schulen, wo ein beachtlicher Kinder Verkehr stattfindet vorzuschlagen. Es handelt sich hier um eine Gegend wo Schüller sich bisher, und ganz besonders mit Fahrrädern, frei bewegen können. Es muss sicherlich eine andere Möglichkeit geben welche den Deutschen Bürger und deren Familien, durch eine solche sehr infrage zu stellender Entscheidung, nicht bestrafen.“	Wir haben mit der Engelsgasse, dem Stiftungs Krankenhaus und dem Birkenweg bereits Gemeinschaftsunterkünfte die sich in unmittelbarer Nähe zu Speyerer Schulen (Gymnasium am Kaiserdom, Zeppelinschule, Siedlungsschule) befinden. Es sind uns bisher keinerlei Probleme von den Schulen, Schülern/innen oder den Eltern zugetragen worden. Die Formulierung „Da in Speyer Nord Vorfälle bekannt sind“ ermöglicht der EG-Migration keinerlei Schlüsse auf die Einordnung eines etwaig polizeilich relevanten Sachverhalts.

	<p>Der Schulweg stellt aus heutiger Sicht keine größere Gefahr als bisher dar. Gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr. Doppelgymnasium neue Verkehrsführung für Radfahrende Verbesserung: Fahrradstraße und Einbahnstraßenregelung für Autofahrende</p>
<p>„Frage an die Beigeordnete Frau Münch-Weinmann: Sie haben in der Stadtratssitzung die Aussage gemacht, sie würden sich mehr Sorgen machen um den Verkehr als um etwaige Übergriffe. Sollte etwas vorgefallen könnten Betroffene Anzeige erstatten. Meinten Sie den Verkehr auf Speyerer Straßen oder den Verkehr auf dem Schulweg aus Dudenhofen, Römerberg und Speyer in die verschiedenen Schulen bei Dunkelheit im Winter? Wann soll nach Ihrer Meinung nach Anzeige erstattet werden – (vor – was natürlich ideal wäre) während oder nach einem „Übergriff“?“</p>	<p>IMW macht sich Sorgen um die Kinder, die mit dem Rad fahren und manche Autofahrende zu wenig Rücksicht nehmen, Ziel ist mehr Kinder auf's Rad zu bringen, weniger Eltern-Taxis auch mit Blick auf Bewegung, Gesundheit und Selbstständigkeit – Unabhängig einer Staatsangehörigkeit bzw. einem Herkunftsland. Problem, dass sich Autofahrend nicht an die vorgegebene Geschwindigkeit halten – daher ab 2024 Geschwindigkeitskontrollen über Kommune Unterscheidung zw. Sommer und Winter- hier ist ein Austausch zwischen den Kommunen sinnvoll Anzeigen bei der Polizei: Anzeige vor einer Tat macht keinen Sinn, wenn dies nicht erkennbar ist:</p>
<p>„Wieso werden keine weiteren Alternativen gesucht? Wie soll die Sicherheit der Kinder in den benachbarten Schulen gewährleistet werden?“</p>	<p>Es wurden insgesamt 22 Standort geprüft, der Standort wird planungsrechtlich als geeignet eingeschätzt. Die Stadt hat keine weiteren städtischen Gebäude zur Verfügung. Wir haben mit der Engelsgasse, dem Stiftungs Krankenhaus und dem Birkenweg bereits Gemeinschaftsunterkünfte die sich in unmittelbarer Nähe zu Speyerer Schulen (Gymnasium am Kaiserdom, Zeppelinschule, Siedlungsschule) befinden. Es sind uns bisher keinerlei Probleme von den Schulen, Schülern/innen oder den Eltern zugetragen worden.</p>
<p>„Durch die aktuelle Situation in Speyer Nord zeigt sich, dass eine zentralisierte Unterbringung viele Schwierigkeiten mitbringt. Wie wollen sie diesen entgegenkommen? Vor allem der Sicherheitsaspekt beim Schulweg vieler Kinder auch aus umliegenden Orten wie Dudenhofen und Römerberg?“</p>	<p>Wir haben mit der Engelsgasse, dem Stiftungs Krankenhaus und dem Birkenweg bereits Gemeinschaftsunterkünfte die sich in unmittelbarer Nähe zu Speyerer Schulen (Gymnasium am Kaiserdom, Zeppelinschule, Siedlungsschule) befinden. Es sind uns bisher keinerlei Probleme von den Schulen, Schülern/innen oder den Eltern zugetragen worden. AfA 1400 Menschen fordert sicherlich das gesamt Personal, im Stadtteil ist Normalität zu erleben, bei Rückmeldungen von Bürger*innen erfolgt Klärung und Gespräche sowie evtl. notwendige Maßnahmen</p>

„Umsetzbare Integrations- und Sicherheitskonzepte müssen m.M.n. VOR Bezug des Containerdorfes vorliegen - auch zum Schutz der Geflüchteten. Kann das gewährleistet werden?“	Wie in allen anderen Gemeinschaftsunterkünften auch werden städtische Sozialarbeiter/innen und Betreuungskräfte vor Ort, die Betreuung der Personen übernehmen. Alle Personen sollen schnellstmöglich in Integrationskurse der VHS vermittelt werden. Auch an diesem Standort wird es einen Sicherheitsdienst geben. Für alle Gemeinschaftsunterkunft ist Raum für 75 Menschen vorgesehen, die so schnell wie möglich in privat angemietete Wohnraum umziehen sollten
„Im Jahr 2015 wurden laut dem Bundeskriminalamt 923 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet. In Limburgerhof gab es ebenfalls einen Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft. Insbesondere vor dem Hintergrund der wiederholten Angriffe auf solche Einrichtungen durch rechten Terror, wird daher bei der Planung und Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft in Speyer der Brandschutz im besonderen Maße berücksichtigt?“	Ja, für Unterkünfte gibt es gesonderte Brandschutzauflagen, diese sind in dem Konzept eingearbeitet. Hier sind Auflagen bis 60 Betten, im Bereich der Beherbergungsstätte angelehnt und für darüber liegende Bettenanzahl lehnen sich die Empfehlungen an den Vorgaben für Wohnheime. Oberste Priorität liegt dabei bei der Früherkennung und Evakuierung.
„Wer ist dafür verantwortlich, wenn es in Zukunft in Speyer zu vermehrten Übergriffen, Kriminalität und sexuelle Belastungen gegenüber unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Frauen kommt? Die Zustände in Speyer Nord sind mittlerweile katastrophal!“	Verantwortlich sind Täterinnen und Täter.
„Warum ist das Thema Sicherheit für die Bevölkerung nur ein Thema, wenn es um Geflüchtete geht? Warum ist das Narrativ Flucht ist gleich Gefahr? Karl, gibt es Konflikte und die müssen auch benannt werden, aber wo ist der Aufschrei, wenn es um Rassismus oder Sexismus geht? Wollen Sie nur keine Geflüchteten vor Ihrer Haustür? Rechtspopulismus hilft nicht weiter und wir dürfen ihn nicht zulassen.“	Diese Frage wurde dem Plenum bei der Informationsveranstaltung gestellt.
„Die Straßen im Quartier sind zu schlecht beleuchtet, wenn hier Flüchtlinge untergebracht werden, kann man sich nicht mehr raustrauchen.“	Sofern die Beleuchtung jetzt schon zu einem subjektiven Unsicherheitsgefühl beiträgt, kann dies gerne mit der Verwaltung besprochen werden.

<p>„Können die Anwohner regelmäßig über den aktuellen Stand informiert werden und wie? Wären Infoblätter zur Sachlage - Faktenlage hilfreich? Gibt es die Möglichkeit einen Faktencheck zu installieren - generell und auch auf Infoveranstaltungen damit man schnell reagieren kann? Ähnlich der Sendung "Hart aber fair".“</p>	<p>Die Stadtverwaltung wird zur weiteren Entwicklung informieren.</p>
<p>„Bleiben die vorhandenen Bäume im Areal erhalten oder nicht?“</p>	<p>Die vorhandenen Bäume bleiben erhalten.</p>
<p>„Wieviel m² Fläche sollen versiegelt werden?“</p>	<p>Das Grundstück hat insgesamt 1.836 m² und der versiegelte Anteil wird ca. 570 m² betragen.</p>
<p>„Liegen Ihnen bereits vor - siehe Stadtratssitzung vom 29.06.2023!“</p> <p>Ergänzung der Frage TOP1 Stadtratssitzung: „Wer garantiert mir für die Erholung in meinem Haus und Garten, nach einem anstrengenden und lauten Arbeitstag?“</p>	<p>Es ist nachvollziehbar, dass durch eine erhöhte Anzahl an Menschen ein höheres Geräuschaufkommen mit sich bringen wird im Vergleich zu einer Brachfläche. Dieses erwartete erhöhte Geräuschaufkommen entspricht einer normalen Wohnnutzung und ist in einem Mischgebiet zulässig.</p>
<p>„Warum werden wieder Asylbewerber bei uns untergebracht? Was ist mit der Kaserne? Wie soll die Speyerer Polizei das alles geregelt kriegen?“</p>	<p>Gemäß § 1 Landesaufnahmegesetz sind die Kommunen verpflichtet zur Aufnahme von Asylbegehrenden. Humanitäre Aufgabe und Verpflichtung</p>
<ul style="list-style-type: none"> • „Was ist der Unterschied zwischen einer ergebnisoffenen Bürgerbeteiligung und einer Informationsveranstaltung ? • Warum wurde zu Beginn nur ein kleiner Kreis der Bürger aus dem westlichen Oberkämmerer eingeladen, dann erst kurzfristig über Mail-Anmeldung restliche Bürger aus Speyer ? • Die Bürger aus Dudenhofen und Römerberg sind ebenso betroffen mit diesem Standort, der genau an dem Kreuzungspunkt zweier Radwege von Dudenhofen und Römerberg nach Speyer liegt. 	<p>Bei einer Bürgerbeteiligung hat die Bürgerschaft bis zu einem gewissen Punkt eine Mitwirkungsmöglichkeit. Die Anregungen und Hinweise werden dann von den zuständigen Fachabteilungen geprüft und nach Möglichkeit übernommen. Die finale Entscheidung obliegt aber dem Stadtrat als von der Bürgerschaft gewähltes Gremium. Bei einer kommunalen Pflichtaufgabe wie der Aufnahme von geflüchteten Menschen gibt es keine Mitwirkungsmöglichkeiten, da beispielweise bei der Standortauswahl von Wohnmöglichkeiten bestimmte Kriterien erfüllt werden müssen. (Die Bürgerschaft kann allerdings privaten Wohnraum an die Stadtverwaltung zur Miete anbieten.)</p> <p>Siehe Beantwortung der oben aufgeführten Fragen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Was machen Sie im nächsten Frühjahr, wenn die geplanten Container mit 75 Personen voll belegt sind ? Ich vermute mal weiter wie bisher - die nächsten Container aufstellen. • Wo sind neue Konzepte ? • Wo ist der Wille zur Veränderung ? • Warum wird kein temporärer Stop der Zuweisungen von der AfA gefordert ? • Warum wird die Zusatzbelastung von Speyer durch die über 1400 Personen in der AfA nicht gebührend bei der Zahl von Zuweisungen berücksichtigt ? • Wieviel Container möchten Sie in den nächsten 5 Jahren in Speyer aufstellen 300 - 500 - mehr ! ? • Möchten Sie dem Wohl der Speyerer Bürger dienen oder welche anderen Interessen verfolgen Sie ? • Der geplante Standort Butenschönstr. ist und bleibt absolut ungeeignet für eine Asyl-Massenunterkunft.“ 	
<p>„Über welches Druckmittel verfügt das Land Rheinland Pfalz gegenüber unserer Stadt, eine solch große Menge an Hilfesuchenden, im Verhältnis zur Einwohnerzahl Speyers, aufzunehmen?“</p>	<p>Kein Druckmittel vorhanden.</p>
<p>„Und wie soll sich das in Zukunft weiterentwickeln?“</p>	<p>Dazu kann keine Aussage getroffen werden.</p>
<p>„kann man sich als Stadt nicht dagegen wehren, wenn Platzmangel besteht oder es keine Möglichkeiten zur Unterbringung mehr gibt?“</p>	<p>Nein</p>
<p>„Wissen Sie wie viele Menschen in der AfA leben?“</p>	<p>Aktuell ca. 1.400 Menschen.</p>
<p>„Hat die Stadt Einfluss auf die Verfahren innerhalb der AfA“</p>	<p>Nein.</p>
<p>„Erfüllen wir mit der AfA nicht schon den Schlüssel?“</p>	<p>Nein</p>
<p>„Bei der Änderung der Straßenführung in der Butenschönstraße gab es einen Ideenaustausch. Warum jetzt nicht?“</p>	<p>Bei einer Bürgerbeteiligung hat die Bürgerschaft bis zu einem gewissen Punkt eine Mitwirkungsmöglichkeit. Die Anregungen und Hinweise werden dann von den zuständigen Fachabteilungen geprüft und nach Möglichkeit übernommen. Die finale Entscheidung obliegt aber dem Stadtrat als von der Bürgerschaft gewähltes Gremium. Bei einer kommunalen Pflichtaufgabe wie der Aufnahme von geflüchteten Menschen gibt es keine Mitwirkungsmöglichkeiten, da</p>

	beispielweise bei der Standortauswahl von Wohnmöglichkeiten bestimmte Kriterien erfüllt werden müssen. (Die Bürgerschaft kann allerdings privaten Wohnraum an die Stadtverwaltung zur Miete anbieten.)
Hat man sich von Ihrer Seite schon einmal Gedanken über eine Unterbringung von Geflohenen auf einem anmietbaren Flusskreuzfahrtschiff an einem Rheinanleger gemacht? Die Landrätin Tanja Schweiger hat in Regensburg ein entsprechendes Modellprojekt auf den Weg gebracht, das viel Beachtung gefunden hat. Die Vorteile einer solchen Lösung sind vielfältig. (keine Flächenversiegelung, null Schulwegsbezug, Toiletten vorhanden, absolute Verkehrskontrolle bei Einstieg/ Ausstieg, gemeinsames Essen, Begegnungsflächen, zentrale Müllentsorgung, klare und transparente Kostenkontrolle und ...kalkulation und und und. Ist das nicht einer Analyse wert?	Nein.
Haben wir Einfluss, wer in diese Container einziehen wird? Einzelpersonen, Familien?	Wir können die Belegung mit den der Stadt Speyer zugewiesenen Personen zum Teil steuern. Es ist vorgesehen, die Unterkunft mit Familien, Männer und Frauen und Kindern und Jugendlichen zu belegen.
Wie sieht die Raumverwaltung in den Umlandgemeinden aus?	Dies ist uns nicht umfassend bekannt.
letzten Donnerstag bei der InfoVeranstaltung wurde u.a. gesagt, dass unser Wohngebiet getrennt wäre von der Butenschönstrasse durch einen Bach. Haben Sie vor, die Brücken zu blockieren um die natürliche Trennung aufrecht zuerhalten?	Das Wohngebiet Im Oberkämmerer ist durch den Bach und den Bäumen optisch getrennt. Es gibt keine direkte Sichtachse zueinander. Es ist nicht vorgesehen, Brücken zu blockieren. Der Durchgang kann unverändert von beiden Seiten kommend, genutzt werden.
Weiter stelle ich die Frage, wie Sie Containerleben der Landarbeiter, die nur einige Monate hier schwer tagsüber arbeiten und abends müde sind, vergleichen können mit der Unterbringung von Flüchtlingen, die tagsüber wenig ausgelastet sind?	Falls es Container geben sollte, wäre die Unterbringung ähnlich Bezüglich der Arbeitseinsätze sind die Unterschiede enorm, die einen arbeiten bereits. Die anderen sind auf Arbeitssuche bzw. Schule bzw. Sprachkurs, bzw. kümmern sich um ihre Familien etc. In der Gemeinschaftsunterkunft wird es einen Sicherheitsdienst geben, was es meines Wissens bei den Landarbeitern nicht gibt.

